№ 1699. Donnerstag, den 29. Januar. (Morgen-Ausgabe.) 1863.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Hübner, in Altona: Haasenstein u. Vogler, in Hamburg: J. Türkheim und J. Schöneberg.

Danziger Zeitung.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 28. Januar 8½ Uhr Abends.

Berlin, 28. Januar. Ueber weitere Schritte in der Bundesreformfrage sind Verhandlungen zwischen Oesterreich und den Würzburgern eingeleitet und werden Minister-Conferenzen beabsichtigt. An Stelle des Prediger Graeser ist der Professor Haym (Halle) zum Abgeordneten vorgeschlagen.

Angekommen 28. Januar, Nachmittags 5¾ Uhr.

Berlin, 28. Januar.*) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses sprach Abg. Twesten gegen die absolutistische Theorie der Budgetlosigkeit; der Verfassungsbruch würde die heiligsten Bande zerreißen; selbst durch ein octroyirtes Wahlgesetz würde die Regierung keine Majorität erzielen. — Der Sprecher der polnischen Partei, Abg. v. Janischewski, sprach für die Adresse. Nach der Rede von Schulze-Delitzsch sprach der Finanzminister von Bodelschwingh: die Regierung habe den Artikel 99, der die Budgetvorlage erfordere, nicht verletzt, sie sei für das Herrenhaus nicht verantwortlich. Die Regierung suche die Lösung des Conflicts durch nachträgliche Genehmigung des Budgets pro 1862 Seitens der Kammer zu erreichen, nicht als Etatsüberschreitung. Nach Mitte des März, wenn der Kassenschluß erfolgt sei, werde sie das Budget in Rechnungsform einbringen. Es wäre möglich, daß das Verfahren der Regierung vielleicht nicht verfassungsgemäß sei, aber verfassungswidrig sei es nicht. — Schluß der Debatte.

Angekommen 28. Januar, Abends 6¼ Uhr.

Frankfurt a. M., 28. Januar. Die heutige „Europe" theilt aus „authentischer Quelle" mit: Der Kaiser Napoleon habe in der Instruction des Generals Forey als erste Bedingung des Friedens mit Mexico aufgestellt: die Abtretung der gold- und silberreichen Provinz Sonora mit Guaymas, Mexicos bestem Hafen.

Angekommen 28. Januar, Abends 7 Uhr.

New-York, 15. Januar. Die Unionisten haben den Angriff auf Vicksburg aufgegeben; die Conföderirten sind im Rückzuge von Springfield begriffen. Dem Congreß ist eine Vorlage gemacht worden zur Einreihung von 150,000 Negern im Heere. Spaulding erklärte, die Regierung habe sofort 150 Millionen nöthig.

*) Wiederholt, weil nicht in allen Exemplaren der Abendnummer abgedruckt.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Weimar, 27. Januar. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Gotha vom heutigen Tage hat der Herzog von Coburg die Candidatur für die griechische Krone definitiv abgelehnt.

London, 27. Januar. Die heutige „Daily News" sagt, der Herzog von Coburg sei nie als Candidat für den griechischen Thron aufgetreten, sondern nur von Elliot den Griechen empfohlen worden. Napoleon sei mit dem Vorschlage einverstanden gewesen, Rußland aber habe Bedenken erhoben, jedoch nicht wegen der Verwandtschaft des Herzogs mit der englischen Königsfamilie, sondern wegen seiner Kinderlosigkeit.

Lord Palmerston ist in der Stadt eingetroffen.

Paris, 27. Januar. Nach einem Telegramm aus Madrid vom 25. d. ist das Entlassungsgesuch des General Prim angenommen worden. Prim macht den Anspruch, die progressistische Partei zu organisiren; es ist jedoch zweifelhaft, in wie weit Olozaga dies zulassen wird. Das Ministerium ist entschlossen, bei den Cortes ein Vertrauensvotum zu provociren und es wird gegen die Schwierigkeiten ankämpfen, wenn es bei der Krone und dem Lande genügende Unterstützung findet.

Landtags-Verhandlungen.

5. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 27. Januar.

[Adreßdebatte.] (Schluß)

Nachdem Graf Schwerin im ersten Theil seiner Rede ausgeführt hatte, daß das Thema der Rede des Ministerpräsidenten sei: Gewalt gehe vor Recht, sprach er gegen den Erlaß einer Adresse wie folgt:

Man braucht, wenn man sich so ausspricht, nicht den Standpunkt des vorigen Redners (v. Unruh) zu theilen. Ich bin der Ansicht, daß an der gegenwärtigen Lage auch das Haus Schuld hat. Wenn man Beschlüsse faßt, die man selbst für unmöglich hält und nicht ausführen will, so ist das eine Politik der Agitation und Demonstration. Ich will gegen eine Adresse sprechen; sie ist von der Majorität allerdings schon beschlossen. Ich habe also keine Aussicht auf Erfolg und spreche nur, um meine Auffassung der Sache nicht zu verschweigen. Der gegenwärtige Augenblick paßt nicht zu einer Adresse. Ich lege keinen Werth darauf, daß man gewöhnlich nur dann Adressen erläßt, wenn Se. Majestät der König in Person die Session eröffnet hat. Die Majorität will ja keine Beantwortung der Thronrede. Sie sagt, die Lage des Landes erfordere, daß man sich vor dem Throne ausspreche. Ich sage: Nein. Allerdings ist die Lage abnorm. Ich bin mit Ihnen darin einig, daß wir den Conflict nicht zu verschleiern haben, aber nicht die Stufen des Thrones sind der Ort, wo solche Conflicte ausgetragen werden. Dieser Ort ist das Haus und seine Tribüne. Wie der Abg. Reichensperger betrachte ich die Mitglieder dieses Hauses als Depositäre des Rechts des Landes, und die Budgetdebatte wird Gelegenheit geben, dies geltend zu machen. Aber Sie sagen ferner: Ueber die seit dem Ende der letzten Session geschehenen Dinge darf das Land nicht schweigen. Das mag sein. Aber auch in diesem Punkte bestreite ich, daß die Adresse die richtige Form sei. Soweit es sich um bloße Demonstration handelt, ist bis jetzt immer Demonstration auf Demonstration gesetzt worden, Unterschriften gegen Unterschriften, gegen 100,000 deren 300,000, oder gar, wie der Herr Präsident uns heut mitgetheilt, 350,000. Es entspricht aber nach meinem Gefühle nicht der Ehrfurcht vor dem Throne, Worte, die am Throne gesprochen und dort freundlich aufgenommen worden sind, in einer Weise zu characterisiren, wie der Entwurf es thut. Kann man es nicht anders, so schweigt man besser. Die Maßregeln der Regierung gegen Beamte, Presse u. s. w. sind auch nach meiner Ansicht nicht politisch. Aber daß sie ungesetzlich sind und eine Anklage rechtfertigen, ist noch nicht constatirt. Welcher Jurist in diesem Hause würde einen Spruch vor instruirter Sache fällen! Endlich, welchem Zwecke soll die Adresse dienen? Kann man eine politische That thun, deren Ausgang man nicht voraussieht, deren Erfolge man sich selbst überläßt? Solche That kehrt ihre Spitze gegen den Thäter. Wenn wir auch über den Ursprung des Conflicts verschieden denken, so sind wir doch darin einig, daß der Conflict nach Maßgabe der Verfassung, die keine Lücken hat, gelöst werden muß. Wird dies durch eine Adresse geschehen? Sie wird den Conflict schärfen, sie wird der Reaction in die Hände arbeiten. Deshalb bin ich principaliter gegen jede Adresse, eventualiter für den Entwurf des Abg. v. Vincke. Sein Entwurf spricht den Punkt, der den Verfassungsbruch betrifft, klar und präcis aus, und ohne schroff zu sein; er spricht die Wünsche des Landes in Bezug auf die Gesetzgebung aus; er erkennt bei der Regierung das an, was anzuerkennen ist. Ich kann nicht, wie der Abg. v. Benda, obgleich ich Form und Inhalt der Adresse mißbillige, gleichwohl für dieselbe stimmen; ich kann keine Einigkeit constatiren, wo ich nicht einig bin.

Ministerpräsident v. Bismarck: Ich habe den Anfang des Vorredners nicht gehört und vernehme so eben durch Mittheilung meiner Herren Collegen, daß ein Mißverständniß (Unruhe) meiner Worte zu einer warmen, „Ihres Beifalls gewissen" Erwiderung Veranlassung gegeben hat. Ich soll danach gesagt haben, Macht gehe vor Recht. Ich erinnere mich in der That nicht, diesen Satz ausgesprochen zu haben. Ich habe zu Compromissen gerathen, weil im Staatsleben Conflicte sich einzustellen pflegen, die nothwendig zu Machtfragen werden. Derjenige, der im Besitz der Macht sich befindet, ist dann genöthigt, sie zu brauchen (Unruhe). Ich mache auf eine unparteiische Beurtheilung Ihrerseits keinen Anspruch, und will nur zu Protocoll rectificiren, was ich gesagt habe.

Die Vertagung der Debatte wird hierauf beantragt und genehmigt. Graf Schwerin (persönlich): Er habe nicht gesagt, daß der Ministerpräsident den Satz „Macht geht vor Recht" ausgesprochen, sondern nur: dieser Satz bilde den Kernpunkt seiner Rede. „Und das muß ich leider wiederholen" (Zustimmung).

Nächste Sitzung morgen.

Deutschland.

*** Berlin, 27. Januar. Mag die Adresse, welche morgen oder übermorgen vom Abgeordnetenhause beschlossen werden wird, die unverkürzte der Majorität oder eine modifizirte sein, diesmal liegt der Schwerpunkt des Effects der ganzen Verhandlung hervorragend in der Debatte. Diesen Eindruck hat gewiß Jeder aus der heutigen Sitzung mit hinweggenommen. Noch nie wohl ist eine Sache in diesem Hause mit so viel Schärfe und Tiefe und zugleich mit so viel Ruhe und Würde behandelt, von so viel geistiger und sittlicher Kraft getragen worden, wie heute die gemeinsame Beschwerde aller verfassungstreuen Männer in der preußischen Volksvertretung gegen das Ministerium. Daß die Ehrfurcht vor dem Recht und seiner Autorität das mächtige Band ist, welches alle im Einzelnen noch so abweichenden Standpunkte zu einer fest geschlossenen Phalanx in unserm Vaterlande vereinigt, davon konnte Jeder sich überzeugen Angesichts der Wirkung der Sätze, mit welchen Graf Schwerin das Ministerium und seine Bestrebungen in großen Zügen kennzeichnete und verurtheilte. Der mächtige Beifallssturm, unter welchem das Haus erzitterte, als Graf Schwerin seine schlichten aber von tiefem Ernst getragenen Worte an die Minister richtete, das war die wahre und treue Stimme des ganzen Landes über die Männer, welche so eben durch den Mund ihres Führers von dem sie beseelenden Geiste Zeugniß abgelegt hatten. Das anwesende Publikum folgte den Rednern mit einer Aufmerksamkeit, wie sie vielleicht selten in solcher Versammlung vorgekommen. Mit hoher Würde und bewundernswerther Mäßigung wurden von Allen die einzelnen Punkte der Erörterungen behandelt; selbst die Rede des Herrn Ministerpräsidenten brachte weder das Haus noch die Redner nur einen Augenblick aus ihrer ruhigen würdevollen Haltung.

— Am K. Hofe wird heute (Dienstag) der 4. Geburtstag Sr. Königl. Hoh. des Prinzen Wilhelm, erstgebornen Sohnes Sr. Königl. Hoh. des Kronprinzen, gefeiert. Die Familientafel findet im Kronprinzlichen Palais statt.

— Nach der „Kreuzzeitung" hat Se. Majestät der König der Posener Loyalitäts-Deputation am 23. Januar folgende Antwort gegeben: „Es herrscht leider im Volke eine von gewisser Seite absichtlich herbeigeführte und genährte Verwirrung. Die jenen Leuten zu Gebote stehenden Organe haben den angeblich im Lande herrschenden Steuerdruck benutzt, um die Absichten Meiner Regierung zu verdächtigen. Die Armee-Organisation ist Mein eigenstes Werk und dient dazu, die Wehrhaftigkeit des Landes zu erhöhen und die Lasten Meines Volkes in Wahrheit zu erleichtern; die Finanzen des Staats sind in der günstigsten Lage, die Ausgaben dafür zu decken. Armuth und Steuerdruck giebts leider überall, aber eine Steuererhöhung hat bei uns nicht stattgefunden; im Gegentheil habe Ich auf die Zuschlagssteuer verzichtet. Aber es wird absichtlich in Vergessenheit gebracht. Die Verfassung hat der König, Mein Bruder, gegeben; Ich habe sie beschworen, Ich werde sie halten, wie Ich das schon oft ausgesprochen habe; wer Meiner seit fünf Jahren geführten Regierung aufmerksam gefolgt ist, kann nicht daran zweifeln. Aber Ich werde die Verfassung halten in dem Sinne, in welchem sie gegeben und von Mir aufgefaßt wird, aber nicht wie sie von Menschen ausgelegt wird, welche dahin streben, in die Königliche Macht einzugreifen. Meine pflichtmäßige Aufgabe ist es, nach allen Seiten hin diese Königliche Macht mit aller Energie aufrecht zu erhalten. — Die ganze gegenwärtige Agitation ist durch Entstellung der Wahrheit hervorgerufen. Allerdings ist es schwer, der Wahrheit überall Eingang zu verschaffen, da die Verbreiter der Unwahrheit sich an nichts kehren; Ich hoffe aber, wenn mit Consequenz auf der von Meiner Regierung eingeschlagenen Bahn fortgefahren wird, werden wir doch der Wahrheit den Sieg verschaffen. — Ich danke Ihnen nochmals, daß Sie vor Mir erschienen sind, und Mir durch Ihr Erscheinen eine Freude bereitet haben, die Mir gerade in diesen Tagen sehr erwünscht ist."

— Die „Rhein. Ztg." schreibt: „Als Gerücht theilen wir den Vorschlag mit, welcher von Seiten der Junkerpartei gemacht ist: Nachdem die Adreßdebatte einen Tag gedauert haben wird, löse man den Landtag auf und appellire mit der Behauptung, der Adreßentwurf und die darüber geführten Debatten verletzten die Würde des Königs, an das Volk." Der König hat sich jüngst wieder so entschieden gegen jede Octroyirung ausgesprochen, daß alle Gerüchte von bevorstehender Auflösung des Abgeordnetenhauses uns zur Zeit grundlos zu sein scheinen. — Die Frau Kronprinzessin zeichnete bei dem Ordensfeste den Grafen Schwerin aus, indem sie aus dem Zuge der Königlichen Herrschaften heraustretend auf ihn zuging, ihm die Hand reichte und dann einige Worte mit ihm redete.

— (B.- u. H.-Z.) Wie in Abgeordnetenkreisen verlautet, ist im Ministerium noch kein volles Einverständniß über das Verhalten der Regierung gegenüber der Adresse erzielt. Ein Theil der Minister soll auf Auflösung der Kammer bestehen, von einer Seite soll diese Maßregel noch vor der Schlußabstimmung über die Adresse als das angemessenste bezeichnet sein. Der Ministerpräsident, wird erzählt, habe sich seinen Collegen gegenüber in dieser Angelegenheit mit großer Zurückhaltung benommen.

— Unsere Mittheilung bezüglich der Standeserhöhung des Herrn v. d. Heydt bestätigend, sagt die „Elberfelder Zeitung": Diese Ernennung ist durch ein Allerhöchstes Handschreiben Sr. Majestät des Königs erfolgt, in welchem der hohen Verdienste für König und Vaterland anerkennende Erwähnung geschieht, unter Versicherung der Huld Sr. Maj. „trotz obwaltender Meinungsverschiedenheit."

— Die am Sonnabend confiscirte Nr. 11 der „Tribüne" ist heute wieder freigegeben worden.

Stettin, 26. Januar. Die „Ostsee-Z." schreibt: Die großen Schwierigkeiten, welche sich dem Bau einer Eisenbahn von Belgard nach Dirschau entgegenstellen, haben neuerdings in einem Theile Hinterpommerns das Augenmerk auf eine andere Linie gelenkt, welche in der Hauptsache demselben Bedürfnisse entsprechen soll, nämlich auf eine Bahn von Wangerin über Dramburg, Falkenburg, Tempelburg und Neustettin nach Dirschau. Diese Bahn würde den Weg von Stettin nach Dirschau ꝛc. in der That noch um einige Meilen mehr abkürzen, als Belgard-Dirschau. Die „Ostsee-Z." sagt aber zugleich, daß diese Linie sehr erhebliche Terrain-Schwierigkeiten hat.

Posen, 27. Januar. Die Reserven der Infanterie des 5. Armee-Corps sind zum 1. Februar c. einberufen worden.

Müllheim in Baden, 19. Januar. Gestern hatte hier eine Versammlung der Mitglieder des Nationalvereins von Müllheim, Auggen und Umgegend statt. Das practische Ergebniß der Versammlung bestand einmal in einem Beschlusse, in ganz Baden eine Sammlung zum Besten des preußischen Nationalfonds hervorzurufen; sodann in dem Beschlusse, regelmäßige Nationalvereinssitzungen im Kreise Müllheim abzuhalten.

Wien, 25. Januar. (Schl. Z.) Mehrere hundert junge Polen, welche sich der russischen Rekrutirung entzogen und auf österreichisches Gebiet geflüchtet haben, dürften unserer Regierung einige Verlegenheit bereiten. Nach dem formell zu Recht bestehenden Cartel mit Rußland ist Oesterreich verbunden, die Refractäre auszuliefern; allein die Praxis suchte bisher in den vereinzelt vorkommenden Fällen die Auslieferung zu umgehen, und man ließ jenseits die Sache auf sich beru

hen. Ob Rußland auch diesmal diese milde Uebung werde Platz greifen lassen, ist sehr zweifelhaft. — In den Donaufürstenthümern kämpfen, nachdem Fürst Cusa schon jetzt als beseitigt betrachtet werden kann, die russische Partei des Herzogs von Leuchtenberg und die französisch-nationale des Prinzen Napoleon um die Königskrone des Zukunftsreiches Rumänien. Den Chancen des Herzogs von Leuchtenberg dürften die Maßregeln der russischen Regierung in Polen den Gnadenstoß geben. Indeß lassen die neuesten Berichte aus Bukarest für die nächste Zukunft eine Katastrophe überhaupt noch nicht befürchten.

Rußland und Polen.

Warschau, 25. Januar. Gestern kam die Schnellpost von Siedlec hier an und brachte die Eingeweide des Generals Tscherkasoff, der auf dem Wege von Siedlec hierher von den Aufständischen getödtet wurde. Der Conducteur berichtete, daß sich einige Meilen von Siedlec, ohnweit Biala, plötzlich eine Colonne von ungefähr 1000 Mann mit Piken und Revolvers bewaffnet, zeigte, die ihm zurief, stille zu stehen. Als er dem Rufe Folge leistete, verlangte man den Personenzettel von ihm. Als sie den Namen Tscherkasoff erblickten, riefen sie aus: eben diesen suchen wir. Sie öffneten nun den Schlag, und erklärten dem im Wagen sitzenden General, er sei vom National-Comité zum Tode verurtheilt und sofort schoß einer seinen Revolver auf ihn ab; die Kugel zerschmetterte ihm den Kopf. Dann schleppten sie die Leiche aus dem Wagen, schnitten ihr den Bauch auf, rissen die Eingeweide heraus, warfen sie in den Postwagen und sagten zum Conducteur: Diese bringen Sie dem Fürsten Constantin, denn den Körper behalten wir, um unseren Oberen zu beweisen, daß wir ihre Befehle pünktlich erfüllen! So erzählt man sich, und ich füge hinzu, daß Tscherkassof vom Statthalter zum Kriegsgericht gegen die Chelmer Mörder abgeschickt worden war und gegen dieselben das Todesurtheil unterzeichnet hatte. (Nat.-Z.)

Danzig, den 29. Januar.

— Die Telegraphen-Verbindung mit Warschau über Thorn ist wieder hergestellt.

** Frl. Gerber, welche unser Theaterpublikum so oft durch ihren liebenswürdigen Humor erfreut hat, wird nächsten Freitag, zu ihrem Benefiz, in der Titelrolle von „Therese Krones" auftreten, einem Stücke, das eine Episode aus dem Schauspielerleben Wiens behandelt und anderwärts vielfachen Beifall gefunden hat.

* Gestern Abends 8 Uhr hatte sich der an der Außenseite des Schornsteins vom Hinterhause Kleine Hosennähergasse 3 gebildete Glanzruß entzündet. Die Feuerwehr entfernte denselben.

* Aus Marienburg erhalten wir von der Redaction des Kreisblatts folgende Zuschrift: „In der Nr. 1691 dieser Zeitung ist eine Correspondenz aus Marienburg enthalten, wonach die Aufnahme der Bekanntmachung einer politischen Versammlung in das hiesige Kreisblatt verweigert worden ist. Es wird hierauf bemerkt, daß jene Anzeige nicht deßhalb zurückgewiesen ist, weil ihr Inhalt von hier aus für strafbar erachtet worden, sondern weil das Kreisblatt nicht cautionspflichtig ist und deßhalb nach § 17 des Preßgesetzes keine Anzeigen politischen Inhalts aufnehmen darf. Faßt man also das diesseits eingeschlagene Verfahren von dem Standpunkte des Gesetzes, dem ja auch diese Zeitung huldigt, auf, so wird dasselbe in den Augen jedes Rechtlichen um so mehr zu billigen sein, als auch ähnliche Anzeigen der hiesigen conservativen Partei von hier aus ebenfalls zurückgewiesen worden sind. Marienburg, den 27. Januar 1863. Die Redaction des Kreisblattes. Krahn."

Wir bemerken hierzu, daß die einfache Anzeige, daß an einem bestimmten Tage eine politische Versammlung stattfinden wird, ein Blatt nicht cautionspflichtig macht. Solche Annoncen bringen die nicht cautionspflichtigen Intelligenzblätter ganz regelmäßig.

± Thorn, 27. Januar. Bekanntlich hat die Posener Handelskammer die übrigen Handelsvorstände in Preußen aufgefordert, Vorschläge Behufs Vereinbarung eines Handelsvertrages zwischen Preußen, resp. dem Zollverein und Rußland zu machen. Dieser Aufforderung hat die hiesige Handelskammer genügt und auf folgende Uebelstände, welche beim hiesigen Handel mit Polen wahrgenommen sind, zur Beseitigung aufmerksam gemacht: 1) Im Interesse des russischen Zoll-Fiskus und zur Unterdrückung des demoralisirenden Schmuggels empfiehlt sich dringend eine Ermäßigung der russischen Tarif-Positionen. 2) Als große Bequemlichkeit für den Handel zwischen beiden Gebieten ist eine Vereinbarung betreffs einer Uebereinstimmung bei Bezeichnung der Artikel und Waaren in den Tarifen wünschenswerth. 3) Da der Chausseezoll für per Eisenbahn nach Polen eingehende Waaren aufgehoben ist, so ist dieselbe Erleichterung auch für die polnischen Wasserstraßen nothwendig, auf welchen die weniger kostbaren Güter, als Kohlen, Chemikalien, Farben, Karden, amerikanische Hölzer, Heringe &c. transportirt werden. 4) Die Transit-Durchfuhr von Salz durch Polen nach Rußland ist freizugeben, da dort der Salzhandel nicht monopolisirt ist. 5) Die diesseitige Staatsregierung hat die Forderung zu stellen, daß die diesseitigen Geschäftsleute in Polen dieselben Rechte genießen, welche die polnischen und russischen in Preußen haben. Während diese diesseits der Grenze nach Lösung des Gewerbescheins jedes Geschäft ungehindert betreiben können, ist dies jenen in Polen nicht gestattet, sondern sie sind gezwungen, sich der kostspieligen Vermittelung eines Gilde-Kaufmannes zu bedienen. 6) Die russisch-polnische Regierung ist anzugehen um Zulaß auswärtiger Assecuranz-Gesellschaften in Polen, deren Agenten Seitens der Behörden dieselbe Unterstützung erforderlichen Falls wie den heimischen zu gewähren ist. 7) Das hohe Porto und die Unsicherheit bei Geldsendungen in Polen lähmt den Handel dahin. 8) Eine wesentliche Erleichterung würde dem Verkehr nach Polen und Rußland durch Milderung, resp. Aufhebung des Paßzwanges. 9) Die politisch-commerzielle Vertretung Preußens, resp. des Zollvereins, ist in Polen und Rußland weder ausreichend, noch einflußreich genug, um dem diesseitigen Handel und den an ihm interessirenden Personen vorkommenden Falls den nothwendigen Schutz zu verleihen. Consulate sind daher in Warschau und allen größeren Handelsstädten, als Plock, Wloclawek, Lodz, Brescz-Litewski &c., zu errichten, zumal auch mit Rücksicht auf die große Zahl von Holzhändlern und Schiffern, welche in Geschäften nach Polen gehen. 10) Ein störender Uebelstand für den Handelsverkehr mit Polen ist die dortige Gildeeintheilung des Kaufmannsstandes. 11) Eine erhebliche Förderung würde dem Handelsverkehr mit Polen die Anlage von Packhöfen in den größeren Handelsplätzen gewähren. Außer Mittheilung dieser thatsächlich begründeten Uebelstände konnte die Handelskammer nicht umhin zu bemerken, daß der freisinnigste Handelstractat mit Rußland dem diesseitigen Handel nach Polen nicht wesentlich helfen würde, wenn es dem dortigen Gouvernement nicht gelingt, die im dortigen Beamtenstande herrschende Depravation, welche sich leider auch auf die Executivbeamten der Justiz erstreckt, nachhaltig zu unterdrücken. Wegen dieser unsicheren Rechtsverwaltung wurden und mußten bei diesseitigen Fallimenten in Polen ausstehende Forderungen als Verluste erachtet werden, und müssen diesseitige Geschäftsleute bei Verbindungen nach Polen mindestens sehr vorsichtig sein. Ein Curiosum mag Nachstehendes illustriren. Ein hiesiger Geschäftsmann wollte bei seiner Anwesenheit in Polen von einem dortigen Kaufmanne eine Forderung einziehen. Dieser verweigerte die Zahlung und verhöhnte jenen noch, als er mit dem Gerichte drohte. Unser Landsmann kam nur dadurch zu dem Seinigen, daß ihn der Zufall zu einem Advocaten führte, welcher ein persönlicher Feind des polnischen Kaufmanns und hoch erfreut war, diesem etwas am Zeuge flicken zu können. Solche Erfahrungen, welche nicht selten sind, fördern den Handelsverkehr nicht. — Die Communication über den Strom ist ungehindert und regelmäßig; die Witterung mild und klar.

* In Bromberg wird nach den „B. N." die conservative Partei in kurzer Frist eine conservative Zeitung erscheinen lassen. Ihr jetziges Organ, das „Neue Bromberger Wochenblatt", scheint ihr also nicht mehr zu genügen.

Vermischtes.

— Die Zeitungsschreiber haben einen sehr hochgestellten Collegen bekommen. Der König des Maonisstammes (Neu-Seeland) hat nämlich eine „Königliche Zeitung" gegründet, deren Redacteur und Herausgeber er selbst ist. Die Nummer kostet drei Pence.

Viehmarkt.

Berlin, 26. Januar. (B.- u. H.-Z.) Der Handel mit Ochsen war heute der starken Zutrifft wegen sehr lässig und konnten die Preise der vorigen Woche kaum behauptet werden, so daß 100 ℔ 12—13—14—16 Rt. galten; mit Schweinen war der Handel ebenfalls matt und wurden nur vorwöchentliche Preise erzielt, pr. 100 ℔ 14—15 Rt.; mit Hammeln und Kälbern ging es mittelmäßig. — Auf heutigen Viehmarkt wurden aufgetrieben: 900 Ochsen, 2363 Schweine, 2040 Hammel und 522 Kälber.

Verantwortlicher Redacteur: H. Rickert in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

Jan.	Stund.	Baromt.-Stand in Par.-Lin.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
27	4	333,48	+ 5,4	W. Sturm; durchbr. Gew.
28	8	335,27	+ 2,5	WNW. Sturm; do.
	12	334,86	+ 2,0	WNW. do. do. Schneebühen.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 27. Januar 1863 ist am 28. ej. m. in unser Handelsregister eingetragen und zwar:

1. in das Procurenregister unter Nr. 19 Col. 8:

daß die von dem Kaufmann Pius von Arnold in Danzig als dem Inhaber der ebendaselbst unter der Firma

P. Arnold et Co.

bestehende Handelsniederlassung (Firmen-Register Nr. 45) dem Moritz Theodor Hybbeneth ertheilte Procura erloschen ist;

2. in das Firmenregister unter Nr. 45 Col. 6 und in das Gesellschaftsregister unter Nr. 83:

daß in das zu Danzig unter der Firma

P. Arnold et Co.

bestehende Handelsgeschäft des Kaufmanns Pius von Arnold ebendaselbst am 26. Januar 1863 der Kaufmann Moritz Theodor Hybbeneth hierselbst als Handelsgesellschafter eingetreten ist und daß die so errichtete Handelsgesellschaft die vorbenannte Firma, wie auch ihren Sitz in Danzig beibehält.

Danzig, den 28. Januar 1863.

Königl. Commerz.- und Admiralitäts-Collegium.

[3737] Jebens.

Bekanntmachung.

An der städtischen höhern Töchterschule hierselbst ist die Stelle des ersten Lehrers mit einem Gehalt von 600 Thlrn. vacant und soll sobald als möglich besetzt werden.

Literaten, welche zum Unterricht in den Naturwissenschaften befähigt sind, werden aufgefordert, ihre Meldungen unter Beifügung von Zeugnissen bis zum 15. Februar d. J. bei uns einzureichen. [3664]

Marienwerder, den 19. Januar 1863.

Der Magistrat.

Sitzung des landwirthschaftlichen Vereins zu Zoppot, Freitag, den 30. Januar c., Nachmittags 4 Uhr, in Kreiß Hôtel daselbst.

[3738] **Der Vorstand.**

Gartenbau-Verein.

Sonntag, den 1. Februar c. General-Versammlung im Gewerbehause von 11 — 1 Uhr.

Tagesordnung: Vortrag des Herrn Garten-Inspector Schondorff über Schmetterlinge und deren Raupen. Die diesjährige Blumen-Ausstellung. Der Rüchel-Kleist-Platz vor dem hohen Thore. Ertheilung der Decharge für die vorjährige Rechnung und Vorlegung des Etats pro 1863. [3687]

Der Vorstand.

Angekommene Fremde am 27. Januar.

Englisches Haus: Rittergutsbes. Steffens a. Gr.-Golmkau, Uphagen n. Gem. a. Kl.-Schlanz u. Mankiewicz a. Janischau. Kaufl. Neck a. Pforzheim, Olschewski, Meyer u. Wiemann a. Berlin, Kleiber a. Dresden, Stadelbauer a. Leipzig, Krause u. Zacharias a. Königsberg, Engisch a. Lyon. Frau Dr. Lasting a. Elbing.

Hôtel de Berlin: Rittergutsbes. Scheidt a. Prichlau. Gutsbes. Keiß a. Gallnon. Kaufl. Schröder, Namslau, Hadra u. Keune a. Berlin, Steiner a. Mainz, Callaue a. Frankfurt a. O., Geiger a. Stettin, Lobeck a. Dresden, Kunze a. Leipzig, Korthum a. Crefeld u. Gill a. Elberfeld.

Hôtel de Thorn: Cap. Pahlow a. Colberg. Lieutenant Herrmann n. Gem. a. Landsberg, Karsting a. Posen. Kaufm. Lichtenberg a. Halle. Gutsbes. Lambert a Oldenburg. Notar Curtius a. Berlin. Lieutenant Neumann n. Gem. a. Stüblau.

Walters Hôtel: Dr. med. Grünfeld a. Berent. Gutsbes. v. Essen a. Lissau u. Contag n. Gem. a. Kl.-Garz. Kaufl. Heinsdorf a. Spandau, Masch a. Stettin, Haarbrücker a. Elbing u. Köhnen a. Rheydt.

Schmelzer's Hôtel: Gutsbes. Höpner a. Jankowe. Notar Hintsche a. Berlin. Fabrikbes. Hohenthal a. Schönebeck. Brauereibes. Lebe a. Culmbach. Kaufl. Wolfsohn u. Hirschleff a. Berlin u. Kreißig a. Posen.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.